

Roland Tichy
Gesammelte Einblicke

„Er kämpft mit einer der schärfsten Federn unter den deutschen Wirtschaftskommentatoren: Roland Tichy, Chefredakteur der WirtschaftsWoche, hat sich mit seinen prägnanten Editorials eine feste Fangemeinde unter den verbliebenen Anhängern der Marktwirtschaft in Deutschland geschaffen. Nur wenige können sich mit ihm messen, wenn es darum geht, komplexe Fragen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auf den Punkt zu bringen.“, schreibt Detmar Doering in der Neuen Zürcher Zeitung. Roland Tichys Analysen sind pointiert, messerscharf, teilweise provokant und vor allem: immer lesenswert. Denn sie treffen eine Wahrheit, die über den Tag hinaus reicht. Der nun vorliegende vierte Band zeigt eindringlich, wie Deutschlands Bürger in der globalisierten Welt zur Verantwortung gezogen und klammheimlich entmündigt werden.

Roland Tichy

Gesammelte Einblicke

Impressum

1. Auflage 2013

© 2013 Quell Verlag GmbH,
Saalgasse 12, 60311 Frankfurt,
T 069 21 99 49 40, F 069 21 99 49 42,
www.quell-online.de, info@quell-online.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Lektorat: Regina Eisele

Gestaltung: Monika Frei-Herrmann, www.frei-herrmann.de

Autorenfoto: © Heike Rost

Druck und Bindung: Printfinder, www.printfinder.lv

Papier: Munken Print cream, FSC zertifiziert



ISBN 978-3-9815402-2-2

Quell
Edition

Vorwort

Umkehrung der Wahrheit	7
------------------------	---

Grenzenlose Netzfreiheiten

Digitales Lauschen	19
Deutscher Regulierungswahn	22
Daumen hoch	25
Computer-GAU auf dem Parkett	28
Angriff auf offene Märkte	31

Così fan tutte

Sprengsatz westlicher Wohlstand	35
Sind wir nicht alle ein bisschen Italiener	38
Super-Mario in der Falle	41
Wer zieht den Stecker	44
Berlin gezähmt	47
Bella figura!	50

Neue (Un)Freiheiten

Es ist alles so schön bunt hier	53
Wi(e)der die Diktatur der Worte	56
Das Ende vom Unternehmen Ponyhof	59
Männer Schluss Verkauf	62
Familien-Fracking	65

Bio für alle!	68
Preis der Mobilität	71
Im Namen des Volkes	74
Antiliberaler Shitstorm	77

Der enteignete Bürger

Tarnen Täuschen Tricksen	81
Promis am Pranger	84
Immer mehr von weniger	87
Macht Geld frei	90
Mit vollen Händen verteilen	93
Mauermentalitäten	96
Wer kriegt mehr	99

Wenn Worte wahr wären

Holland(e)isierung	103
Viel Lärm um wenige	106
Quasseln über Quote	109
Was nottut in Berlin	112

Umkehrungen der Wahrheit

Deutschland ist ein wunderbares, ein wunderschönes Land. Und es wird immer schöner. Ich denke dabei nicht an das romantische Rothenburg ob der Tauber. Häufig flaniere ich abends in Düsseldorf am Rhein entlang. An der Uferpromenade spielen Menschen Boule, sie haben es aus Südfrankreich importiert und mit dem Spiel eine gelassene, entspannte Haltung; hier war früher eine befahrene Schnellstraße. In Frankfurt ist entlang des Mains, da wo früher der Schlachthof stand, eine wunderschöne Uferpromenade entstanden, die an warmen Tagen von fröhlichen Menschen bevölkert ist, die plaudern, grillen, chillen; mein Lieblingsort ist im Sommer eine Freiluftbar mit brasilianischen Cocktails. Hinter den Türmen der Stadt geht die Sonne unter und entfacht davor noch ein flirrendes Feuerwerk in der verglasten Fassade der Europäischen Zentralbank. In Köln stehe ich oft auf der Hohenzollernbrücke: Hinter mir rollen die Züge, unter mir grummelt Vater Rhein in seinem Bett, wie Heinrich Heine es formuliert hat. Tausende von Vorhängeschlössern sind an der Brücke festgemacht. Es sind Liebesbeweise, eiserne Treueschwüre, die Schlüssel werden im Rhein versenkt, auf dass die Liebenden untrennbar verbunden bleiben. Diese neue

Sitte verbreitet sich derzeit über ziemlich viele Brücken. Die Deutschen scheinen ein romantisches Volk der Liebhaber und der Liebenden geworden zu sein. Im behäbigen Schwäbisch Hall steht eine Pferdestatue aus Terrakotta von Mimmo Paladino auf einer Terrasse, die wie ein Schaufenster den Blick frei gibt auf die mittelalterlichen Vorratsspeicher, heute ein Veranstaltungsort. Die Oberbaumbrücke in Berlin war lange ein Un-Ort: Die Grenze zwischen Ost und West. Heute ist sie Partymeile. Auf der Terrasse eines Bürogebäudes stehen Blumenkübel mit Tomaten, Paprika, buntesten Blumen. Der Todesstreifen wurde zum Happening für Urbanes Gardening, das dort eine auf Internet-Marketing spezialisierte Agentur betreibt. Unten die Stelle, an der Udo Düllich vor hilflosen Zuschauern ertrank, als er versuchte, durch die Spree in die Freiheit zu schwimmen – und nach ihm viele bei diesem Versuch erschossen wurden. Es gibt so viele so schöne und so erinnerungsbeladene Orte in diesem Land. Welches sind Ihre Lieblingsorte? Es ist das Privileg meines Berufs, dass ich sie besuchen, sie sammeln darf, und dass ich mit den Menschen reden kann, die das entwickeln, anstoßen, planen, beleben – oder es einfach geschehen lassen; auch nicht gerade eine Tugend der Deutschen. Wie die Liebeschlösser von Köln.

So viel Schönheit und Lebensqualität war wohl noch nie auf diesem kleinen Fleckchen Erde. Dies sollte man sich immer wieder klarmachen, wenn man – bei Journalisten eine Art *déformation professionnelle* – auf die Schwächen und Gefährdungen des Modells Deutsch-

land hinweist, die faulen Stellen unter die Lupe nimmt und die rosigen Seiten durch die Brille des Kritikers nur grau wahrnimmt.

Wir leben nicht als isolierte Wesen. „Die Gesellschaft ist ein Despot, der keine Gefängnisse braucht“, schreibt Hans Magnus Enzensberger in „Herrn Zetts Betrachtungen“. In der Tat sind wir Gefangene einer wild gewordenen und sich immer mehr verwildernden Politik, die sich seit der Bundestagswahl immer mehr entfesselt gibt.

Es zeigt sich plötzlich, dass es im hochgelobten Deutschland ganz andere Krisensymptome gibt, als bis zur Wahl diskutiert wurden: Im Ruhrgebiet werden Edeldahlhütten geschlossen, ein wichtiges Glied in der industriellen Wertschöpfungskette mit Tausenden von Beschäftigten. In Franken geht Loewe in die Insolvenz, damit stehen so ziemlich die letzten Arbeitsplätze in der Unterhaltungsindustrie im Feuer. In München entlässt Siemens 5 000 Mitarbeiter, schwerpunktmäßig in der Industriesparte. Weitere Entlassungen werden erwartet. In der Chemieindustrie steigt die Bereitschaft, angesichts der horrenden Energiekosten Investitionen in die USA zu verlagern. SAP plant offensichtlich die Verlagerung in die USA. Der Schwung ist raus aus Deutschland. Es sind dies alles keine Einzelfälle: Saisonbereinigt steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Herbst 2013 schon wieder. Sein Wohlstand und seine Schönheit sind bedroht. Denn in den zeitgleich beginnenden Koalitionsverhandlungen spielt das alles keine

Rolle. Es sind gestanzte Formeln und Patentrezepte, die im Wahlkampf so lange wiederholt wurden, bis sie ihre eigene Wirklichkeit entfalten.

Glaubt ernsthaft jemand, die Mieten würden sinken, wenn eine Mietpreisdeckelung kommt? Es wird dann halt nicht mehr gebaut. Auch Mindestlöhne werden nicht mehr gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen, sondern schlecht bezahlte vernichten. Auch wenn die private Krankenversicherung abgeschafft wird, werden Kassenbeiträge immer weiter steigen, denn die Menschen werden deswegen nicht gesünder, nicht jünger und Verschwendung im Gesundheitswesen nicht geringer. Eher sogar mehr, weil dann jeder Wettbewerb fehlt. Wieso reden wir im Hochsteuerland und angesichts der Steuerschwemme von Steuererhöhungen und nicht von Steuersenkungen? Aber populistische Forderungen wurden in griffige Formeln verpackt wie etwa „Bürgerversicherung“, sie wurden im Wahlkampf so lange wiederholt, bis sie als unvermeidlich gelten, wie Mindestlöhne. Sie sind Scheinlösungen, wie die Mietpreisdeckelung. Sie sind schädlich für Arbeitsplätze, wie die Steuererhöhung. Wenn von „mehr Europa“ die Rede ist, dann geht es immer nur um Vergemeinschaftung der Schulden, Transferunion und Ausweitung der EU-Kompetenzen – eine Abkehr vom liberalen Europa, das nicht nur ein Friedensprojekt, sondern auch ein Freiheitsprojekt war.

Die Liste dieser Art freiheits- und marktfeindlicher Reformen ist lang. Die Kritik darf gerne differenzierter

und mit mehr Zahlen und Fakten vorgetragen werden, als dies hier möglich ist. Aber eine Grunderkenntnis ist verloren gegangen: Es sind nicht der Staat oder der Bundestag, die Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, sondern Menschen und Unternehmen. Also sollte man die Menschen und Unternehmer stärken, unterstützen und fördern, statt wie jetzt das Abkassieren, Bevormunden und Blockieren zur Norm jeder Reform zu machen.

Das Erstaunliche ist: Gewollt haben es die Wähler so jedenfalls nicht. Der Stimmenanteil von SPD, Grünen und Linken ist bei der Bundestagswahl auf 43 Prozent gesunken; der der bürgerlich-liberalen Parteien auf 51 Prozent gestiegen. Im Deutschen Bundestag liegen die vereinten Linken mit acht Sitzen vorne. Obwohl die Deutschen also Steuererhöher abgewählt haben, werden sie trotzdem zur Kasse gebeten. Übrigens: In Großbritannien läge die Union mit 235 Direktmandaten vor der linken Opposition mit nur 59 weit vorne. Wegen der Fünf-Prozentklausel sind hierzulande die Stimmen für FDP und AfD nicht repräsentiert; nach den Regeln des Europaparlaments wären beide vertreten – dort gilt nur eine Drei-Prozent-Hürde. In der Wirtschaft würde hier das Kartellamt Strafbefehle wegen Verschwörung gegen den Wettbewerb verschicken. In der Politik gilt der Ausschluss lästiger Wettbewerber dagegen als demokratieförderlich. Das wird teuer: Schon in der großen Koalition von 2005 wurde die Mehrwertsteuer um drei Punkte erhöht. Für Politiker ist es immer einfach, mehr Geld einzutreiben als über die vernünftige, zielgerichtete Verwendung dessen nachzudenken, über

das sie schon bis zur Verschwendung verfügen. Eine Stimme der wirtschaftlichen Vernunft brauchen sie nicht mehr zu fürchten. Der Wirtschaftsrat der CDU ist eine verfolgte Minderheit, die in ihren Katakomben inbrünstig richtige Litaneien betet. Aber davon dringt nichts an das Ohr ihrer fernen Gottheit, die sich gerne im kleinen Kreis über die Glaubensstärke ihrer treuesten Anhänger lustig macht. Der Wirtschaftsflügel der Union fliegt so hoch wie ein Wiesn-Hendl. Die AfD muss erst mit sich selbst zurechtkommen, die FDP überleben. Bürgerliche Protestanten werden nicht gehört, denn sie demonstrieren in den Sälen feiner Hotels, werfen keine Steine und zünden keine Autos an. Ihnen droht das Schicksal einer Außerparlamentarischen Opposition rechthaberischer Opas, die erzählen, wie es damals war, in den goldenen Zeiten der Marktwirtschaft, die jetzt abgewickelt wird.

Gute und schlechte Lobbies

Auch die Verbände sind hilflos. Denn diese werden zweigeteilt wahrgenommen. Es gibt die Guten, das sind die Gewerkschaften und die Verbraucherverbände. Die Gewerkschaften zählen viele Mitglieder, die Verbraucherverbände sind staatsfinanzierte Funktionäre, die sich selbst das Testurteil »sehr gut« aufkleben. Dagegen werden die Wirtschaftsverbände als Lobbyisten abgestempelt, es sei denn, sie verfolgen nicht das als delegitimiert verschriene Eigeninteresse, sondern auch das grüne Gute, wie die Interessengruppen der meist chinesischen Solarindustrie.

Nun haben wir ein Trommelfeuer von Behauptungen erlebt, wie selbstzerstörerisch freie Märkte wirken, wenn sie nicht von politischen Nannys gehütet werden. Jetzt erleben wir, wie die eingebauten Regeln der Verfassung den Wählerwillen ins Gegenteil verändern. Es wird Zeit, an James Buchanan zu erinnern, der die ungewollte perverse Wirkung von Verfassungen analysiert hat. Sein Misstrauen gegen eine überbordende Dominanz der Politik hat ihm zwar den Nobelpreis eingetragen, aber kaum Aufmerksamkeit in Deutschland. Hier gilt das unbegrenzte Primat der Politik, das zwar alle (außer Politikern) arm und unfrei macht, aber irgendwie trotzdem als moralisch überlegen gilt. Aber so wie es ein Marktversagen gibt, gibt es ein Politikversagen, lehrt Buchanan. Es ist mehr als Missbrauch, Korruption oder andere individuelle Formen des Versagens. Es gibt vielmehr eine systematische Form des Staatsversagens, die eigenen inneren Gesetzen folgt und nicht mehr korrigierbar ist. Der Übergang von der Fünf-Prozentklausel zu einer Drei-Prozentklausel wäre wünschenswert, aber wird nie kommen: Dieser Übergang müsste von denen beschlossen werden, die in den Parlamenten sitzen – und die niemals freiwillig etwas entscheiden würden, was für sie selbst nur Konkurrenz im Parlament und in den Wahlkreisen mit sich brächte, oder niedrigere Wahlkampfkostenerstattung.

Auch die Beamtenversorgung ist nicht mehr korrigierbar. Es ist unstrittig, dass sich die Pensionen, die Beamte im Ruhestand beziehen, immer weiter von den Renten entfernen, die Beschäftigte in der Wirtschaft

mit vergleichbarer Qualifikation beziehen. Aber weil bekanntlich der Bundestag mal voller, mal leerer ist, aber immer voll Lehrer – weil also eine Beamtenmajorität besteht und wiederum Beamte die Gesetze vorbereiten und formulieren, werden die Pensionen immer weiter steigen. In der Logik dieses systematischen Staatsversagens liegt auch die wachsende Staatsverschuldung. Noch in jedem Bundestagswahlkampf haben Regierungs- und Oppositionsparteien gleichermaßen höhere Staatsausgaben gefordert, die dann zu wachsender Staatsverschuldung führen. Es sind Lockvogelangebote an unentschlossene Wähler. Dieser Überbietungsmechanismus hat dazu geführt, dass Deutschland längst bis an die Grenze der Tragfähigkeit verschuldet ist und zulasten künftiger Generationen immer noch weitere Schulden darauf gepackt werden.

Zukünftig wird dies auch mit Mindestlöhnen geschehen: Wer bietet mehr? Wer im Wahlkampf steht, hat den Wahlsonntag fest im Blick, nicht aber eine Zukunft jenseits der kommenden Legislaturperiode. Dies ist übrigens keineswegs unmoralisch. Politiker müssten übermenschliche Heroen sein, wenn sie gegen höhere Staatsverschuldung votieren. Sie würden sich selbst in die Niederlage treiben. Darin liegt das systematische Versagen der Politik und trotz individueller Einsichtsfähigkeit bedrückende Ausweglosigkeit. In dieser Not sind deutsche Politiker sogar Vorbilder. Sie haben eine „Schuldenbremse“ für die Haushalte von Bund und Ländern verabschiedet, also eine Art Selbstentmachtung. Sie sind wie ein verzweifelter Alkoholiker, der vor dem

Schnapsvorrat ein Vorhängeschloss anbringt. Eine bewundernswerte Leistung aus einer Mischung aus Verzweiflung angesichts des drohenden Ruins und des Wissens um die eigene Schwäche. Aber entscheidend ist, wo der Schlüssel liegt. Und wenn er in der Hosentasche klimpert, ist das Vorhängeschloss das Geld seiner Anschaffung nicht wert. So ähnlich ist es mit der Schuldenbremse – sie kann per Gesetz gelöst werden. Und schon ahnt man: Mit Sorgenfalten werden die Sprecher der Regierungsparteien bald den unabdingbaren Haushaltsnotstand bedauern, zu dessen Linderung nur noch ein Mittel vorhanden ist, um den fiskalischen Ruin zu vermeiden – das Lösen der Schuldenbremse, wenigstens vorübergehend. Auch der Alkoholiker wird den Schnapsvorrat nicht sofort leeren. Nur in kleinen Schlucken und auch nur dann, wenn der Durst am größten ist. Schade nur, dass er sich von Schluck zu Schluck verschlimmert, der Durst.

Gegen das systematische Staatsversagen helfen nur drastische Schritte: Der Umfang staatlichen Handelns muss unbedingt begrenzt werden, der Schlüssel zum Schnapsvorrat also zerstört werden. Lange galt im Steuerrecht der Halbteilungsgrundsatz – auch bei Spitzeninkommen darf die Besteuerung nie mehr als die Hälfte des verdienten Einkommens ausmachen. Diese Grenze ist ziemlich willkürlich; sie ist so viel wert wie eine 45 oder 55 Prozent-Grenze. Entscheidend ist, dass es so eine Grenze gibt. In jüngster Zeit aber wurde dieser Grundsatz ausgehöhlt – und damit ist jede Begrenzung veränderbar. Ein anderer Schutz vor systematischem

Staatsversagen ist ein striktes Verbot der wirtschaftlichen Betätigung des Staates oder wenigstens ein Verbot der Ausweitung. Auch dieses Verbot wird unterlaufen. Es ist der Fluch der Planwirtschaft, wie er sich in der Energiewende erneut zeigt: Die unbegrenzte Subventionierung des übersteuerten Solarstroms hat die Kosten auf mittlerweile 120 Milliarden hochgetrieben. Das ist wenig überraschend, denn Misswirtschaft ist nun mal das eherne Gesetz der Planwirtschaft. Aber jetzt tritt das zweite Gesetz in Kraft: Es ist nicht zu viel Planwirtschaft für den Missstand verantwortlich, sondern zu wenig. Seither wird die Subventionierung auf Stromtrassenbau, Stromtrassenbauversicherung und Subventionierung der fossilen Stromerzeugung ausgedehnt, obwohl letztere bislang noch nie subventioniert wurde, sondern erst durch die Subvention für den Solarstrom zur Subventionierung gedrängt wurde. Auf die Idee, die erste Form der Subventionierung zu kappen aber kommt kein Politiker. Das wäre ein Fehlereingeständnis.

Die Begrenzung des Staatsversagens ist nur durch die Begrenzung des Staatshandelns möglich. Die Deutschen sind eine romantische Nation, die gerne an das Gute glauben wie es durch den Staat und seine Diener kommt, um dann in der Schlange der Versorgungsempfänger warten zu müssen. Die kommenden Jahre werden geprägt sein durch den Kampf gegen Bevormundung und Enteignung der Leistungsträger, durch mehr Subventionen, um die Folgen der Subventionen zu lindern, und durch höhere Steuern, die die Wachstums-

schwäche, bedingt durch höhere Steuern, ausgleichen müssen. Nicht angetastet wird der Sozialstaat, auch wenn allen Beteiligten klar ist: Eine um ein Drittel geschrumpfte Zahl von Erwerbstätigen wird die Soziallast ihrer Eltern und Großelterngeneration nicht tragen können, die eine um etwa 30 Prozent längere Lebensdauer genießt.

Aber Deutschland ist ein schönes Land. Irgendwie haben wir uns immer durchgebracht, oft allerdings auch nach langen Umwegen, nach Zerstörung und Verwüstung.